



Petition 109313

Personalrecht des öffentlichen Dienstes - Höhere öffentliche Anerkennung für das Berufsbild MTLA

Text der Petition	<p>Der Beruf der medizinisch-technischen Laboratoriumsassistenten (MTLA) muss mehr öffentliche Anerkennung bekommen. Die Berufsgruppe macht u. a. die SARS-CoV-2-Diagnostik. Die Eingruppierung in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes muss deutlich angehoben werden. Es sollte dafür gesorgt werden, dass auch in (privaten) Großlaboren MTLA nach einem Mindestgehalt bezahlt werden. Bundesweit müssen weitere staatliche Ausbildungsplätze geschaffen und die Ausbildung vergütet werden.</p>
Begründung	<p>Es wird derzeit viel über die Diagnostik von SARS-CoV-2 berichtet, doch den wenigsten Menschen ist bekannt, dass hinter dieser Diagnostik - und der gesamten Diagnostik von Krankheiten - unsere Berufsgruppe steht.</p> <p>Medizinisch technische Laboratoriumsassistenten (MTLA) leisten im Bereich der Diagnostik höchst verantwortungsvolle Arbeit, sie sind einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt, arbeiten in Nacht- und Wochenendschichten, und werden leider oft nicht nach Tarif bezahlt.</p> <p>Vor allem in (privaten) Großlaboren liegt der Verdienst der MTLA weit unter Tarif.</p> <p>Hinzu kommt, dass es viel zu wenig staatliche Ausbildungsplätze für MTLA gibt und unser Berufszweig akut vom Aussterben bedroht ist.</p> <p>Ein Beispiel: Hier in München gibt es nur eine einzige Schule, die Staatliche Berufsfachschule für MTLA an der Ludwig-Maximilians-Universität. Dort werden pro Jahr rund 30 Schülerinnen aufgenommen. Im letzten Jahr (2019) haben - nach einer sehr anspruchsvollen dreijährigen Ausbildung - gerade einmal 15 SchülerInnen ihren Abschluss gemacht. Dagegen stehen Dutzende offene Stellen.</p> <p>Einen weiteren Punkt gilt es zu bedenken: Es werden in den nächsten Jahren sehr viele MTLA der Babyboomer-Generation in Rente gehen und dadurch enorme Engpässe in der Besetzung der offenen Stellen entstehen.</p> <p>Um die Ausbildung zum/zur MTLA attraktiver zu machen, gibt es seit Anfang letzten Jahres - zumindest hier in Bayern - eine monatliche Vergütung für die SchülerInnen. Leider scheint es jedoch keine bundesweite Regelung dafür zu geben. Hier herrscht dringend Handlungsbedarf!</p>